Thorner  Zeitung

Begründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Bendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 20 — 1. Blatt — Freitag, 24. Januar — 1919

Deutsch-polnische Kämpfe.

Bromberg, 23. Januar. (Dr.) Amtlich. **Steinburg** wurde von einer starken polnischen Abteilung angegriffen. Unter Zurücklassung von 26 Toten (darunter der Führer, ein früherer deutscher Offizierstellvertreter) wurden sie abgewiesen. Bei den Kämpfen um **Hopfengarten** am 20. und 21. wurden bei Tagesanbruch noch 76 polnische Tote festgestellt.

Spartakistische Umtriebe in Hamburg.

Hamburg, 23. Januar. (Drahtnachricht). Gestern abend kam es am Bahnhof und Stadthause sowie in der Gegend des Hafens zu Schießereien, die von Spartakisten veranlaßt waren. Die Unruhestifter sollen 2 Polizeiwachen ausgeräumt haben.

Der Braunschweiger Generalstreik beendet.

Braunschweig, 22. Januar. (Dr.). Es ist beschlossen worden, Donnerstag vormittag allgemein die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wiederaufnahme der Arbeit im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier.

Essen, 22 Januar. (Drahtnachricht.) Bei der heutigen Morgenschicht fuhren die Belegschaften sämtlicher Zechen wieder ein.

Deutsche Lokomotivführer für Frankreich.

Bern, 22. Januar. (Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des „Progres de Lyon“ erklärte der Kommandant von **Orleans**, daß die interalliierte Waffenstillstandskommission von der deutschen Regierung die Entsendung von Lokomotivführern nach Frankreich gefordert habe, um den Betriebsschwierigkeiten abzuhelfen. Die deutschen Lokomotivführer seien, wie ausdrücklich bemerkt wird, berechtigt, gemäß dem Waffenstillstandsabkommen sich in Uniform frei zu bewegen.

Das Wahlergebnis in Sachsen.

Dresden, 22. Januar. (Dr.). Es haben erhalten die Sozialdemokraten 7 Sitze, Deutschdemokraten 2 Sitze, Deutschnationalen 2 Sitze, Deutsche Volksparteiler 1 Sitz, Unabhängigen keinen Sitz, Zentrumspartei keinen Sitz.

Rückkehr deutscher Zivilinternierter aus England.

London, 23. Januar. (Drahtnachricht). Reuter. Seit dem 1. Januar haben 3330 internierte feindliche Zivilpersonen England verlassen, um in die Heimat zurückbefördert zu werden. 1600 haben **London** und **Hull** am 11. 1. verlassen, 980 weitere verließen Hull am 16. und 17., um nach Deutschland zurückzukehren.

Die Deutschböhmen gegen die tschechische Fremdherrschaft.

Wien, 22. Januar. (Dr.). Dem Staatsrat gingen von 36 Ortsgruppen des Bundes der Deutschen in Böhmen Entschließungen zu mit der Bitte, dieselben an den Friedenskongreß und Wilson weiterzuleiten. Darauf wird erklärt, daß das deutsche Volk Böhmens aufgrund des Selbstbestimmungsrechts ein freies unabhängiges Deutschböhmen fordert, niemals auf den ererbten Boden verzichtet und sich niemals der tschechischen Fremdherrschaft unterworfen wird.

Zur Kriegserklärung der Ukraine an die Bolschewiki.

Brest-Litowsk, 22. Januar. (Dr.) Die Presse begrüßt die ukrainische Kriegserklärung an die Bolschewiki. Die Ukraine wird sich auf die Defensive beschränken. Oberkommandant ist **Petljura**. Täglich treffen galizische Truppen zur Verstärkung ein. Von einer Mobilisation wird vorläufig abgesehen. Poltawa, Schitomir und Tschernigow befinden sich wieder in der Hand der Regierungstruppen.

Strenge Blockade für Oporto.

London, 22. Januar. (Dr.). Reuter. Vier Kriegsschiffe sind nach **Oporto** abgegangen, dessen strenge Blockade angeordnet wurde. Die Truppen der Garnison von **Lissabon**, die Marine und die republikanische Garde erklärten sich für die Regierung.

Die Nationalversammlung und Preußen.

Nur eine Woche nach den deutschen Nationalwahlen sollen die preußischen Landeswahlen stattfinden; und dennoch wird mancher sich fragen, was mit den Preußenwahlen heute bezweckt wird. Denn eben die Nationalversammlung soll über einen Entwurf entscheiden, nach dessen Verwirklichung es kein Preußen mehr geben würde. Dieser Entwurf einer deutschen Reichsverfassung stammt vom Staatssekretär des Innern Dr. **Preuß** und sieht unter anderem die Aufteilung des preußischen Gebietes unter neun neuzuschaffende Freistaaten vor. Großberlin, ein Staat für sich, soll die nichtunmittelbare Hauptstadt des Reiches werden. Aus den nach räumlicher Lage und Stammesart zusammengehörigen Landschaften Rand- und Mitteldeutschlands bildet der Entwurf die acht anderen Republiken; ähnlich soll Süddeutschland neu eingeteilt werden.

Der beherrschende Gedankengang ist der, daß der Staat Preußen durch die Revolution seine geschichtlichen Voraussetzungen, also seine Daseinsberechtigung als Einheit verloren habe. Nicht zu leugnen ist, daß die Preußen weder eine Nation sind, noch ein Stamm; wohl aber ist Preußen eine Staatspersönlichkeit von scharfumrissenen Eigenwesen. Jedoch, dieser Staat gipfelt in keiner Krone mehr, beträchtliche Teile seiner Bevölkerung streben unleugbar von ihm fort, und die Reichseinheit, die früher durch das Uebergewicht Preußens verbürgt wurde, wird unter den heutigen Verhältnissen dadurch in Frage gestellt, wenigstens urteilt so der Urheber des Verfassungsentwurfs. Auch er will Bundesstaaten; aber es soll im neuen Reich weder Vorrechte der Großen noch Vorbehalte der Kleinen geben.

An der Spitze der Regierung soll ein durch das ganze Volk auf sieben Jahre zu wählender **Präsident** stehen, der seinerseits die Reichsminister (meist, aber nicht notwendig, Parlamentarier) ernennt. In Fragen großer Bedeutung kann der Reichstag durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit das Volk zur Entscheidung darüber aufrufen, ob es die Politik des Präsidenten und damit sein Verbleiben im Amte bewilligt.

Das Endergebnis aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Berlin, 22. Januar. (Drahtnachricht). Das Endergebnis aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen setzen sich folgendermaßen zusammen. In den 37. Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten:

Die deutschnationale Volkspartei . . .	34	Sitze
Christliche Volkspartei	88	„
Deutsche Volkspartei	23	„
Deutsche demokratische Partei . . .	77	„
Sozialdemokratische Partei	164	„
Unabhängige soz. Partei	24	„

Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus 4 Welfen, einem Vertreter der Bauern- und Landarbeiter-Demokraten, 4 bayrischen Volksbündlern und 2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Berlin, 22. Januar. (Dr.). Mit dem Wahlergebnisse aus der Pfalz liegen nunmehr die Ergebnisse aus sämtlichen 37 Wahlkreisen vor, in denen überhaupt gewählt wurde. Die Wahlstatistiken weisen verschiedene Unklarheiten auf. Immerhin steht fest, daß eine sozialdemokratische Mehrheit auch dann unmöglich sein wird, wenn man die 4 bayrischen Bauernbündler zur Sozialdemokratie hinzurechnet.

Der Zentralrat gegen Weimar als Ort der Nationalversammlung.

Berlin, 23. Januar. (Drahtnachricht). Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hielt am 22. 1. zwei Sitzungen ab. Ueber den Beschluß der Volksbeauftragten, die Nationalversammlung in **Weimar** tagen zu lassen, wurde längere Zeit beraten. Der Beschluß ist nach Meinung des Zentralrates von seiner Zustimmung abhängig, und es wurde beschlossen: Der Zentralrat erhebt Einspruch gegen die Festsetzung des Tagungsortes für die Nationalversammlung, ohne daß dem Zentralrat Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben worden ist. Sodann wurde eine Verordnung zur Beschaffung von Siedlungsland beraten und die Zustimmung zur Veröffentlichung gegeben.

„Die Zerschlagung Preußens.“

Berlin, 21. Januar. Gegenüber den von einer Berliner Korrespondenz am 20. Januar unmittelbar vor Erscheinen des Verfassungsentwurfes im „Deutschen Reichsanzeiger“ unter dem Kernwort „Die Zerschlagung Preußens“ aus dem Entwurf verbreiteten Mitteilungen wird festgestellt, daß dieselben vollkommen aus der Luft gegriffen sind. Es ist umsomehr mehr zu bedauern, daß selbst führende Blätter es nicht verschmäht haben, derartigen unverantwortlichen Phantasien ihre Spalten zu öffnen.

Die Neuordnung der Kommandogewalt.

Ein Erlaß des Kriegsminister **Reinhardt** an die Offiziere, die Unteroffiziere und alle ihnen gleichgestellten Angehörigen des Heeres wird in einem neuen Armee-Verordnungsblatt veröffentlicht und hat folgenden Wortlaut:

Während sich das deutsche Heer unter Aufbietung der äußersten Kräfte über vier Jahre lang einer waffenstarrenden feindlichen Umwelt erfolgreich erwehrte, verschärften sich unter dem Druck der Kriegslasten in der Heimat die inneren Spannungen und führten in den Novembertagen des vorigen Jahres zu einem großen Bruch mit den alten Staatseinrichtungen. Die innere und äußere Geschlossenheit des deutschen Volkes drohte zu zerfallen, und unsere Feinde ringsum beeilten sich, die innere Not Deutschlands zu unserer rücksichtslosesten Beraubung auszubeuten, was unsere Waffen bis dahin verhindert hatten. Der mit der Umwälzung erhoffte Weltfrieden wurde uns Deutschen versagt, unsere Not wuchs. Da galt es, vor allem einig zu bleiben. Die besten Männer aller Parteien erkannten dies. Dem Rufe ihrer Führer folgend, stellten sich die Offiziere und Unteroffiziere den neuen Staatsgewalten zur Verfügung. Der große Riß wurde vermieden. Es blieben aber viele Hemmungen auf dem Wege zum Aufbau eines neuen Vertrauens zwischen Führern und Soldaten zu beseitigen. Natürliche große Schwierigkeiten in der Uebergangszeit sind zu überwinden. Dazu läßt uns der denkbar härteste Druck von außen keine ruhige Entwicklungsfrist. Wir müssen uns vielmehr schrittweise mit Behelfsmaßnahmen vorwärtsarbeiten.

Die Verordnungen vom heutigen Tage über Kommandogewalt, Stellenbesetzung, Anzug und Grußpflicht sind solche Maßnahmen. Sie eröffnen neue Wege des Wirkens, die mit Erfolg zu betreten dem bewährten Pflichtgefühl der Offiziere, Sanitätsoffiziere in verständnisvollem Zusammenwirken mit den Soldatenräten gelingen muß. Zum Nächstnotwendigen rechne ich das Tragen der Uniform in den nun bis auf weiteres vorgeschriebenen Formen unter Abstreifen wilder, unordentlicher Bekleidungsstücke, die Veredelung der Haltung auf der Straße, die Uebung des gegenseitigen Grußes, die Aufnahme des Ausbildungsdienstes, insbesondere auch der ernsten, beruflichen Weiterbildung der jungen Offiziere und Unteroffiziere innerhalb der Truppen, die eingehendste Zusammenarbeit mit den Soldatenräten, die Hebung der Pflege der Pferde, der Waffen und des Heeresgeräts und die Ausschaltung der Politik aus dem Gebiet der militärischen Dienstpflichten.

Der Tag der Bekanntgabe der Verordnungen läßt die Armee erkennen, daß der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik und der Rat der Volksbeauftragten im Zusammenarbeiten mit dem Kriegsministerium hierbei jeden Nebenzweck ausschloß. Die Verordnungen konnten weder die Wahl beeinflussen, noch durch ihr Ergebnis beeinflußt werden. Ihre Quelle ist der rein sachliche feste Wille, auf der Bahn der Gesundung fortzuschreiten. Jeder einzelne muß auf dieser Bahn marschieren und sich mit Wort und Beispiel, Tat und Opfer dafür einsetzen. Niemand darf im Hader und Haß verharren, unsere Wehrhaftigkeit kann nur gesunden, wenn wir auf dem Wege der Arbeit und der Pflichterfüllung uns die Bruderhände reichen.

Berlin, 19. Januar 1919.

Der Kriegsminister.
Reinhardt.

Diese neue Verordnung bringt eine vorläufige Regelung der Kommandogewalt u. Stellung der Soldatenräte im Friedensheer. Das wesentlichste ist, so schreibt der „Berl. Lok.-Anz.“, daß der Rat der Volksbeauftragten dem preußischen Kriegsminister die Ausübung der Kommandogewalt überträgt. Dieser ist dem Rat der Volksbeauftragten für die Art der Kommandoführung verantwortlich. Bei allen höheren Verbänden Trup- und sonstigen Formationen üben die Führer die Befehlsgewalt aus und sind für ihre Tätigkeit ihren Vorgesetzten und der Reichsregierung verantwortlich. An dem System der Soldatenräte ist festgehalten worden, jedoch fällt ihre Mitwirkung bei rein militärischen Befehlen, die sich auf Truppenführung, Verwendung und Ausbildung beziehen, weg. Kleinere Einheiten, wie Kompanien und nichtselbständige Bataillone haben lediglich Vertrauensleute.

Des weiteren beschäftigt sich der Erlaß mit der Zusammensetzung von Korps- und Garnison-Soldatenräten und mit der Stellenbesetzung. Diese selbst ist Sache des Kriegsministeriums. Die Soldatenräte melden der nächsthöheren Dienststelle spätestens nach vier Wochen, ob der Führer das Vertrauen der Angehörigen der Formation besitzt. Ist dies nicht der Fall, so sind die Gründe anzugeben. Die Soldatenräte sind nicht befugt, Führer selbst abzusetzen oder auszuschalten, sie können aber die Absetzung beantragen. Die Entscheidung trifft der nächsthöhere Führer, letzten Endes die Regierung. Gegen die Entscheidung steht dem Soldatenrat und dem Betroffenen die Berufung zu.

Unteroffiziere und Mannschaften können als Zugführer in Offizierstellen gewählt werden. Sie müssen der eigenen Einheit und dem eigenen Truppenteile angehören, sowie im Felde die gleichartige oder nächst niedrige Einheit mindestens 6 Monate lang einwandfrei geführt haben, und bedürfen der Bestätigung durch das Kriegsministerium.

Jedem Heeresangehörigen steht der Weg zur Anzeige oder Beschwerde an seinen Soldatenrat offen. Diser Weg darf durch keinen Befehl versperrt werden. Gleichzeitig sind neue vorläufige Bestimmungen über Bekleidung und Anzug im Friedensheere gezeitig sind neue vorläufige Bestimmungen über Bekleidung u. Anzug im Friedensheere gegeben worden, welche den Wegfall aller Achselstücke und Tressen sowie späterhin auch der Schulterklappen vorsehen. Dafür sind befehlsmäßige Abzeichen der Dienstgrade für Offiziere, Beamte und Unteroffiziere am linken Aermel eingeführt, und zwar bestehen sie aus dunkelblauen Tuchstreifen, auf welchen Offiziere und Beamte die alten Nummern der Achselstücke tragen.

Außer Dienst wird keine Waffe getragen

im Dienst wie auf dem Wege zum Dienst ist die Seitenwaffe zu tragen. Diese ist gleichmäßig für alle das kurze Infanteriegewehr, übergeschnallt am Koppel. Wer über 25 Jahre aktiv gedient hat, darf seine alte Waffe als Ehrenwaffe weitertragen. Ebenso dürfen in und außer Dienst die im Kriege erworbenen Abzeichen und Orden sowie Rettungsmedaillen und Dienstehrenzeichen getragen werden. Nach englischem Muster darf außer Dienst mit Zustimmung der Vorgesetzten bürgerliche Kleidung getragen werden. Mit der roten Kokarde oder dem Fehlen jeglicher Kokarde ist dadurch aufgeräumt worden, daß alle Militärpersonen die Kokarde in Landesfarben am Besatzstreifen der Mütze zu tragen haben. Endlich ist auch der Versuch gemacht worden, durch vorläufige Bestimmungen über den militärischen Gruß der gänzlichen Nichtbeachtung der Uniformträger untereinander zu steuern. Es soll keinen einseitigen Grußzwang mehr geben, sondern die Pflicht für Untergebene und Vorgesetzte, sich gegenseitig zu grüßen, wobei der jüngere und im Dienstgrad niedere dem Aelteren zuvorkommen muß. Im Weichbild größerer Städte, in belebten öffentlichen Räumlichkeiten und innerhalb aller Menschenansammlungen soll die Grußpflicht ruhen. Der Gruß wird nur noch durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung erwiesen.

Die Waffenstillstandsbedingungen in neutraler Beleuchtung.

Kopenhagen, 20. Januar. Die Zeitung „Klokkenfem“ schreibt: Während des Krieges schrie die Etentepresse täglich auf über die deutsche Barbarei im Gegensatz zur hohen Zivilisation und Gerechtigkeit, die die Westmächte verträten. Seit Kriegsschluß hat man davon weniger gehört, statt dessen beginnen die Alliierten aber mit Taten, die in traurigem Gegensatz zu den schönen Redensarten stehen. Alles, was bis jetzt geleistet ist, wird jedoch ganz in den Schatten gestellt von den unmenschlichen Waffenstillstandsbedingungen, die jetzt Deutschland gestellt werden, indem man verlangt, Deutschland solle Geräte abliefern, mit denen es seinen Boden bestellt. Man kann schwer unmenschlichere Bedingungen gegenüber einem wehrlosen Volk ausarbeiten. Die Folge

[Di]eser Behandlung wird Deutschlands vollständige Vernichtung und der Sieg des Bolschewismus in [di]esem Lande sein. Frankreich, das jetzt Deutsch[la]nd diese Bedingungen diktiert, wird zeitig genug dieses Auftreten bereuen. Denn, hat der Bolschewismus in Deutschland gesiegt, so bleibt er nicht am Rheine stehen, dessen kann man sicher sein.

Keine Aufhebung der Blockade?

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von anderer Seite verbreitete Nachricht über Aufhbung der Blockade unzutreffend, es sind im Gegenteil alle erbetenen Milderungen glatt abgelehnt worden. So dürfen unter anderem an Kohlenlieferungen für Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden, und die Dampfer müssen sogar leer zurückkehren. Selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seeweges, um Lebensmittel von Ostpreußen nach Mitteldeutschland zu befördern, wurde von der Entente abschlägig beschieden.

Stimmungsmache der Polen.

Danzig, 23. Januar. (Drahtnachricht). Die polnische Presse verbreitet in der Schweiz die Mitteilung, daß die hiesige Kaufmannschaft sich für den Anschluß Danzigs an Polen ausgesprochen habe. Außerdem wird verbreitet, daß größere Kreise in der Bürgerschaft sich für einen Anschluß an England oder Amerika ausgesprochen hätten. Beide Nachrichten sind völlig aus der Luft gegriffen.

Eine Alliiertenkommission nach Polen?

London, 22. Januar. (Drahtnachricht). Das Communique von Paris vom 22. 1. besagt: Der Präsident der Vereinigten Staaten und die Ersten Minister und Außenminister der alliierten und assoziierten Mächte sowie die japanischen Delegierten berieten über die polnische Frage. Sie beschlossen sofort eine aus je 2 Delegierten der Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien bestehende Kommission nach Polen zu entsenden.

Estland und Nordlivland von den Bolschewisten gesäubert.

Libau, 22. Januar. (Drahtnachricht). Estland und Nordlivland sind nunmehr durch das tatkräftige Eingreifen finnischer Freiwilliger fast vollständig von den bolschewistischen Truppen gesäubert worden. In Narwa soll Trotzki in die Hände der Angreifer gefallen sein. Von den in Mitau und Riga zurückgelassenen Vertretern der deutschen Gesandtschaft fehlt jede Nachricht.

Massenstreik in Petersburg.

Berlin, 23. Januar. (Drahtnachricht). Nach Mitteilung der estischen Regierung wurde ein Telegramm Trotzkis aufgefangen, wonach die Aufgabe Petersburgs angeordnet wird. In Petersburg streiken 60 000 Arbeiter.

Gegen die Abtretung Südtirols an Italien.

Innsbruck, 20. Januar. (Wiener Korrbüro). Die Tiroler Landesversammlung nahm zu Beginn ihrer heutigen Sitzung einen von allen Parteien eingebrachten Antrag einstimmig an, in dem es u. a. heißt: Wir Tiroler erklären, daß wir unter gar keinen Bedingungen in die Abtretung des deutschen Südtirols einwilligen und lieber alle, auch die schwersten Opfer bringen, bevor wir auf die Zusammengehörigkeit mit unseren Brüdern in Deutsch-Südtirol verzichten. Die Landesregierung wurde beauftragt in entschiedener Weise diesem Standpunkte Geltung zu verschaffen.

Bayern protestiert gegen Verkleinerung.

München, 21. Januar. Die Korrespondenz Hoffmann meldet halbamtlich: In einer Berliner Mitteilung über den Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich wird ausgeführt, daß gelegentlich der Einteilung Deutschlands in verschiedene Republiken die Pfalz von dem Gebiet des Staates Bayern abgetrennt werden soll. Wenn neuerlich der Plan auftauchen sollte, bayerische Gebietesteile von Bayern zu trennen, so würde das nur beweisen, daß man in Verkennung der Rechte der einzelnen deutschen Freistaaten und ihrer Bevölkerung Vorschläge erörtert, deren Ausführung als ausgeschlossen gelten muß. Ueber eine Loslösung bayerischer Gebietsteile von Bayern hat niemand anders zu entscheiden als das bayerische Volk selbst, das mit aller Deutlichkeit jede Einmischung in seine Verhältnisse grundsätzlich ablehnt.

Folgen des Streiks in den Berliner Elektrizitätswerken.

Berlin, 22. Januar. Die Folgen des Streiks in den Berliner Elektrizitätswerken sind, wie das „Berliner Tageblatt“ sagt, tief eingreifend. Schon gestern abend mußte ein großer Teil der Gasthäuser und Vergnügungslokale seine Pforten schließen. Die öffentliche Sicherheit war im höchsten Maße gefährdet. Durch die Einstellung des Straßenbahnverkehrs konnten Tausende von Menschen ihre oft ferngelegenen Wohnungen nur mühsam erreichen. Selbst die Feuerwehr war ohne Licht, und der Telephon- und Telegraphenverkehr war vielfach unterbrochen.

Der Elektrizitätsarbeiterstreik in Berlin beigelegt.

Berlin, 23. Januar. (Drahtnachricht). Nach achtstündiger Beratung verkündete gestern abend 6 Uhr Magistratsrat von Schulz den Spruch des Einigungsamtes des Gewerbegerichts in Sachen des Elektrizitätsstreiks. Die Arbeiter hatten sich mit Lohnsätzen einverstanden erklärt, die im allgemeinen um 20 Pfennig hinter ihren Forderungen zurückbleiben. Die Vertreter beider Parteien erklärten sich mit den Vergleichsvorschlägen einverstanden. Der Obmann der Arbeiterkommission traf hierauf Anordnungen für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Aerzte über den Tod Liebknechts.

Auf Grund der vorgenommenen Obduktion haben Geheimrat Dr. Straßmann, der Vorsteher des Gerichts des medizinischen Instituts, und der Gerichtsarzt des Kreises Teltow, Dr. Hugo Marx, das nachstehende „vorläufige Gutachten“ abgegeben:

„1. Der Verstorbene hat drei Schußverletzungen erlitten, von denen eine die Lunge und eine das Gehirn durchbohrt hat; der dritte Schuß hat schwerere Verletzungen nicht verursacht. Der Tod ist auf die Hirn- und Schädelverletzungen zurückzuführen.

2. Der Schuß durch den Kopf hat zuerst den Scheitel getroffen ist an der Stirn ausgetreten. Es spricht nichts dagegen, daß die Schüsse in den Rumpf am Rücken eingetreten und vorne ausgetreten sind. Der Befund unterstützt sogar diese Annahme.

3. Die vorgefundene Schädelzertrümmerung wird durch den Schuß vollkommen erklärt. Anhaltspunkte für eine schwere Verletzung durch stumpfe Gewalt sind nicht vorhanden.

4. Auf Befragen: Die Lage der Schußöffnung am Rumpf spricht dafür, daß die Schüsse in schräger Richtung dabei von links nach rechts gefallen sind.

5. Ueber die Entfernung, aus der die mit rauchschwachem Pulver abgegebenen Schüsse gefallen sind, läßt sich nur sagen, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aus nächster Nähe, das heißt unter 25 Zentimeter, abgegeben worden sind.

6. Auf die von Dr. Theodor Liebknecht gestellte Frage, ob die Schüsse abgegeben sind, während der Verstorbene stand, ging oder lief, antworteten die Sachverständigen: „Hierauf läßt sich aus der Leichenöffnung kein Schluß ziehen.“

Diesem vorläufigen Gutachten haben sich die zugezogenen Sachverständigen, Geheimrat Prof. Bier und Oberstabsarzt Voigt, angeschlossen. Das Mitglied der U. S. P. D. Wegmann vom Berliner Vollzugsrat hat gleichfalls seine Unterschrift auf das Protokoll gesetzt.

Von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division erfahren wir dazu folgendes:

Der Befund hat ergeben, daß die „Freiheit“ ihre Darstellung ohne sachliche Unterlagen aus parteipolitischen Gründen veröffentlicht hatte. Wie die Division weiß, ist der namhafteste Führer der U. S. P. D. nach der Obduktion selbst zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Tötung Liebknechts als Agitationsstoff „leider“ nicht länger verwendet werden kann.

Auch die Aerzte wollen streiken.

Bremen, 22. Januar. (Drahtnachricht). Die Aerzteschaft Bremens hat beschlossen, ihre gesamte berufliche Tätigkeit sofort einzustellen, sobald durch weitere Streiks der Verkehr in Bremen sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln usw. in gefahrdrohender Weise unterbunden wird. Auch die Apotheken haben einstimmig beschlossen, im Falle eines Streiks der Aerzte ihre Apotheken für die Zeit des Streiks zu schließen.

Keine Rückkehr der früheren Kaiserin nach Deutschland?

Amsterdam, 22. Januar. (Drahtnachricht). Den Blättern wird aus Amerongen berichtet, es sei davon nichts bekannt, daß die frühere Kaiserin den Wunsch geäußert habe, nach Deutschland zurückzukehren.

Aus dem Entwurf der künftigen Reichsverfassung.

seien folgende Hauptpunkte hervorgehoben:

1. Abschnitt.

Das Reich und die deutschen Freistaaten.

§ 1.

Das Deutsche Reich besteht aus seinen bisherigen Gliedstaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Aufnahme in das Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz aufgenommen wird.

§ 2.

Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke.

Sie wird in den Reichsangelegenheiten durch die auf Grund der Reichsverfassung bestehenden Organe ausgeübt, in den Landesangelegenheiten durch die deutschen Freistaaten nach Maßgabe ihrer Landesverfassungen.

Das Reich erkennt das geltende Völkerrecht als bindenden Bestandteil seines eigenen Rechtes an.

§ 3.

Reichsangelegenheiten, die ausschließlich der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches unterilegen, sind:

1. die Beziehungen zum Ausland,
2. die Verteidigung des Reichs zu Lande, zu Wasser und in der Luft,
3. die Zölle,
4. der Handel, einschließlich des Bank- und Börsenwesens sowie des Münz-, Maß- u. Gewichtswesens,
5. das öffentliche Verkehrswesen, und zwar die Eisenbahnen, soweit sie bisher Staatsbahnen waren, die Binnenschiffahrt auf den mehreren deutschen Freistaaten gemeinsamen Wasserstraßen, die Post und Telegraphie und der Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande und in der Luft.

§ 4.

Der Gesetzgebung des Reichs unterliegen ferner folgende Angelegenheiten:

1. Die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit das Armenwesen, das Paßwesen, die Fremdenpolizei, die Ein- und Auswanderung.
2. das bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren,
3. das Arbeiterrecht, insbesondere Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz,
4. das Gewerbegericht,
5. die Seeschiffahrt,
6. die Bodengesetzgebung gemäß § 28,
7. die für das Reich zu erhebenden Steuern und Abgaben sowie die Einrichtung von Betrieben für Reichszwecke,
8. das Enteignungsrecht für Reichszwecke,
9. das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen,
10. das Gesundheitswesen,
11. das Versicherungswesen,
12. Kirche und Schule im Rahmen der §§ 19 und 20.

§ 5.

Reichsrecht bricht Landesrecht.

2. Abschnitt.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

§ 18.

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleichberechtigt. Alle Vorrechte oder rechtlichen Nachteile der Geburt, des Standes, Berufes oder Glaubens sind beseitigt; ihre Wiederherstellung durch Gesetz oder Verwaltung ist verfassungswidrig.

§ 19.

Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung oder seine Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, danach zu fragen.

§ 20.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Der Unterricht soll allen Deutschen gleichmäßig nach Maßgabe der Befähigung zugänglich sein.

§ 28.

Zur Wiederbevölkerung des platten Landes, zur Vermehrung landwirtschaftlich tätiger Arbeitskräfte sowie zur Erhöhung des landwirtschaftlichen Bodenertrages ist im Wege umfassender Innensiedlung die bestehende Grundbesitzverteilung in den Gebietsteilen zu ändern, in denen eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz noch nicht besteht. Unwirtschaftlich genutzter Großgrundbesitz, insbesondere der gebundene, ist zur Begründung ländlicher Heimstätten aufzuteilen, wenn nötig, im Wege der Enteignung. Mittel- und Kleingrundbesitz sind durch Schutz gegen Aufsaugung und Bewucherung zu festigen.

§ 29.

Die fremdsprachlichen Volksteile innerhalb des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in der ihnen eigenen, volkstümlichen Entwicklung beeinträchtigt werden, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterrichte sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege innerhalb der von ihnen bewohnten Landesteile.

3. Abschnitt.

Der Reichstag.

§ 30.

Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Volkshause und dem Staatenhause.

§ 31.

Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des einheitlichen deutschen Volkes.

Die Abgeordneten werden nach Maßgabe eines Reichswahlgesetzes in allegmeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen von allen über 20 Jahre alten Mänern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, wobei jeder Wähler eine Stimme hat.

§ 32.

Das Staatenhaus besteht aus den Abgeordneten der deutschen Freistaaten.

§ 33.

Bei der Bildung des Staatenhauses entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner ein Abgeordneter.

Kein deutscher Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten vertreten sein.

§ 37.

Die Pahlperiode dauert für die beiden Häuser des Reichstags drei Jahre.

§ 38.

Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein.

IV. Abschnitt.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung.

§ 58.

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt.

Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens 10 Jahren Deutscher ist.

Gewählt ist, wer die Mehrheit von allen im deutschen Reiche abgegebenen Stimmen erhalten hat. Stellt sich eine solche Mehrheit nicht heraus, so muß eine engere Wahl zwischen den beiden Bewerbern stattfinden, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 59.

Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Bündnis- und andere Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Kriegserklärung und Friedensschluß erolgt durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstags.

Sobald in Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstags.

§ 66.

Der Reichspräsident wird im Falle der Verhinderung durch den Präsidenten des Staatenhauses vertreten. Dauert die Verhinderung voraussichtlich länger als drei Monate, so ist die Vertretung durch ein Reichsgesetz zu regeln.

§ 67.

Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Seine Wiederwahl ist zulässig.

§ 68.

Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und der erforderlichen Zahl von Reichsministern.

§ 69.

Der Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt.

§ 70.

Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm das Volkshaus das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht.

Keiner Verfassung, so schließt die Denkschrift des Staatssekretärs des Innern Dr. Preuß, ist es gegeben, die für ein gedeihliches Staatsleben unentbehrliche Solidarität von Volk und Regierung, von Gesamtheit und Gliedern durch Rechtsbestimmungen zu schaffen; das ist Sache der Volkserziehung in deren höchstem Sinne, der Entwicklung politischer Gesinnung. Aber eine Verfassung kann und soll Hindernisse vermeiden, die der Entwicklung solcher Solidaritätsgesinnung entgegenstehen, und Einrichtungen schaffen, die diese Entwicklung erleichtern. Mögen die Vorschläge des Verfassungsentwurfs nach Möglichkeit dieser höchsten Aufgabe der Gesetzgebung dienlich sein können.

Stadttheater.

Der Strom. Drama in 3 Aufzügen von Max Halbe. Spielleitung: Oberspielleiter Adolf Wiesner. Die Aufführung eines Halbeschen Werkes erweckt bei uns stets ein doppeltes Interesse, ein dramatisches und ein heimatliches. Das trifft auch für die gestrige Vorstellung zu. Eine klare, sichere Einführung, eine festgefügte, mit Naturnotwendigkeit fortschreitende Handlung, scharf gezeichnete echt westpreußische Charaktere erwecken die Teilnahme des Zuschauers und halten sie bis zum Ende fest. Die Landschaft der Marienburger Niederung mit ihrer rasch wechselnden Beleuchtung und ihr Strom, die Weichsel, mit ihren immer drohenden Gefahren, spielen mit, indem sie in die Vorgeschichte und die Handlung wie bewußt eingreifen und die Stimmung erzeugen oder doch stark beeinflussen. Wie die Schollen auf dem Strom beim Eisgange dicht aneinander gereiht von den Wassern zum Meere hinabgerissen werden, so fügen sich Satz an Satz, Auftritt an Auftritt in unabwendbarem innerem Zwange, und wie die Fluten lange unter dem Eise dahinbrausen, drückend und drängend, bis sie endlich die Decke zerbrechen und nun in gewaltigem Strome zutal schießen, so arbeiten die Leidenschaften in den Personen, zunächst gebändigt durch eisernen Willen oder übermächtige Verhältnisse, bis auch sie alle Bande sprengen und sich in Handlungen umsetzen, die befreiend, aber auch vernichtend wirken. So geschieht es, daß dies Ganze tief erschüttert und eine rein dramatische Wirkung ausübt. Wenn nun, wie es gestern geschah, die Darstellung das ihre dazu tut, diese in dem Werk vorhandenen Kräfte auszulösen, so kann man mit Befriedigung feststellen, daß auch dieser zweite literarische Abend wohlgelungen ist. Ganz auf der Höhe seiner nicht leichten Aufgabe stand Fritz Friedrichs als Peter Doorn; ein ganzer Mann und doch ein Verbrecher, stahlhart und doch in stillem Kampfe mit seinem Gewissen, sühnt er, was er verschuldet, durch eine letzte große Tat. Hedwig Prüfer, die seine Gattin Renate verkörperte, bemüht sich ihr Bestes zu geben; doch wer die Landfrauen, auch die gebildeten, unserer Niederung kennt, wird einräumen müssen, daß die Darstellerin, besonders in Frisur und Kleidung, nicht zur lebenswahren Darstellung durchgedrungen ist. Bewundernswert ist die Vielseitigkeit, die Adolf Wiesner in der letzten Zeit entfaltet hat, eines bleibt aber bei ihm überall dasselbe, sein tiefes Gemüt, sein gutes Herz. Dabei kann er indes, wie es uns gestern erschien, Gefahr laufen, ins Weichliche und Empfindsame zu verfallen. Die alte Frau Doorn wußte Frau Malti trotz der Kürze der Rolle eindrucksvoll zu gestalten. Hiro Blank stattete den jungen Jakob Doorn vortrefflich aus; doch dürfte er noch tiefer wirken, wenn er in den ersten Auftritten mehr Maß hielte. Carl Marschall endlich gab den alten Reinhold Ulrichs so, wie er gegeben werden muß, sein lebensvolles Spiel war aber die durchaus unschuldige Veranlassung dazu, daß irgend ein Böotier wiederholt in Gelächter ausbrach. Zurufe aus dem Publikum und einige scharfe Worte des Direktors nach dem zweiten Aufzuge belehrten den Herrn darüber, wie man seine Heiterkeit bewertete. Was die Ausstattung und Spielleitung anbetrifft, so sei bei aller Anerkennung darauf hingewiesen, daß die wechselnde Beleuchtung der Landschaft doch auf beiden Seiten des Hauses eintreten muß, wenn auch in verschiedenem Maße, nicht aber nur auf einer.

— g.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 23. Januar 1919.

— **Die Geschäfte des aufgelösten Militär-Gouvernements Litauen** sind auf das Armee-Oberkommando 10 übergegangen. Für die Verwaltung Litauen und für die Verwaltung der baltischen Lande sind Abwickelungsstellen im Reichsamt des Innern in Berlin eingerichtet.

— **Das Leistungsmaß der Postbeamtenschaft** ist nunmehr geregelt worden. Im Einvernehmen mit den Beamtenverbänden ist das wöchentliche Arbeitsmaß für alle Beamten ein-

[z]eitlich auf höchstens 48 Stunden festgesetzt worden. Die bisherigen Vorschriften über die Dienstschichten, die Anrechnung der Arbeitspausen usw. bleiben bestehen, jedoch werden die Nachtdienststunden nunmehr nur einfach in Ansatz gebracht. Eine Erhöhung der Leistungen soll aus diesem Anlasse nicht eintreten; als untere Grenze gilt allgemein eine Leistung von 42 Stunden wöchentlich. Gleichzeitig ist ein alter Wunsch der Postbeamtenschaft in Erfüllung gegangen, indem als Ausgleich der besonderen durch den Nachtdienst entstehenden Kosten fortan den Betriebsbeamten für die zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens liegende Zeit eine Entschädigung gewährt wird, die für die unteren Beamten auf 40 Pf., für die mittleren Beamten auf 50 Pf. für die Stunde festgesetzt ist. Die Neuerungen werden mit möglichster Beschleunigung durchgeführt.

— **Kredithilfe für Reichsbeamte?** Zwischen der Reichsregierung und der Verbandskasse der Spar- und Darlehnsvereine ist ein Abkommen getroffen worden, wonach letztere sich verpflichtet, aus einem ihr vom Reich zur Verfügung gestellten Darlehen in Höhe von sechs Millionen Mark an Reichsbeamte auf Antrag Kredithilfe zu gewähren. Die Darlehen an die Beamten dürfen das eineinhalbfache des reinen Jahresgehalts einschließlich ruhegehaltsfähiger Zulagen, im Höchstfalle für den einzelnen Beamten jedoch 10 000 Mark nicht übersteigen, sind von den Beamten mit 3 Prozent zu verzinsen und sollen im allgemeinen für einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren gegeben werden.

— **Deutsche demokratische Partei.** Leider war Herr Bürgermeister Winkler-Graudenz, der in der gestrigen im Schützenhaus abgehaltenen Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei einen Vortrag über „Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung“ halten wollte, infolge eines Autounfalls am Erscheinen verhindert. An seiner Stelle sprach der Vorsitzende der Deutsch-demokratischen Partei in Thorn, Herr Justizrat Aronsohn, dessen Ausführungen wir folgendes entnehmen: Die Aufgaben der Landesversammlung sind für Preußen von so großer Bedeutung, daß wir den bevorstehenden Wahlen, von deren Ausfall die Zukunft und der Weiterbestand Preußens abhängen werden, erhöhtes Interesse entgegenbringen müssen. Des Deutschen Reiches Bestand kann trotz der noch anhaltenden Wirren als gesichert gelten. Nicht ganz so hoffnungsfreudig ist die Frage nach dem Schicksal des preußischen Staates zu beurteilen. Schon während der ungeklärten Verhältnisse in Berlin machten sich im rheinisch-westfälischen Gebiet, in Bayern, Schlesien und Ostpreußen Strömungen bemerkbar, die auf Lostrennung großer Gebietsteile vom Deutschen Reiche hinzielten. Dazu kommt, daß der kürzlich veröffentlichte Reichsverfassungsentwurf zu ernstlichen Besorgnissen um den Fortbestand des alten Preußens Anlaß gibt. Im § 11 des Entwurfs heißt es u. a.: Dem deutschen Volke steht es frei ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reichs zu errichten, soweit die Stammesart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und geschichtlichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens 2 Millionen Einwohner umfassen. Die Vereinigung mehrerer Gliedstaaten zu einem neuen Freistaat geschieht durch Staatsvertrag zwischen ihnen, der der Zustimmung der Volksvertretungen und der Reichsregierung bedarf. Will sich die Bevölkerung eines Landesteils aus dem bisherigen Staatsverbande loslösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen oder einen selbständigen Freistaat innerhalb des Reichs zu bilden, so bedarf es hierzu einer Volksabstimmung. Obwohl von führenden Zeitungen immer wieder darauf hingewiesen wird, daß eine Zerschlagung Preußens nicht beabsichtigt sei, müssen wir uns doch mit diesem Gedanken beschäftigen, um im gegebenen Falle sofort Stellung dazu nehmen zu können. Schon aus diesem Grunde ist die Zusammensetzung der preußischen Landesversammlung von außerordentlicher Bedeutung. Redner schildert sodann kurz den Entwicklungsgang Preußens aus der Mark Brandenburg bis zu seiner höchsten Macht, die zur Gründung des mächtigen, deutschen Reiches geführt hat. Es entsteht nun die Frage, ob es wirklich gerechtfertigt oder gar geboten erscheint, daß dieses Preußen in der neuen Verfassung als Staat ausscheidet oder derartig umgebildet wird, daß es nur eine Zusammenstellung von Gebieten ist, die in dieser oder jener Weise unter sich einen Zusammenschluß bewahren können. Aus politischen und kulturellen Gründen muß man diese Frage nach der Zerschlagung Preußens verneinen, und ich glaube, daß unter uns niemand ist, der nicht mit Entsetzen an diese Möglichkeit denken würde. Preußen muß uns auf alle Fälle erhalten bleiben, es sei denn, daß sämtliche anderen Bundesstaaten unter Verzicht ihrer bisherigen Selbständigkeit im deutschen Reiche aufgehen. Wenn aber Deutschland ein Reich bleibt, das verschiedene Staaten mit selbständiger Existenz zusammenschließt, dann ist auch für Preußen der Fortbestand als machtvoller und führender Staat in Anspruch zu nehmen. Es wird aber von Wichtigkeit sein, daß sich Preußen dem Deutschen Reich als Republik einfügt. Wir werden also nach den Grundsätzen und Richtungen der Deutschen demokratischen Partei daran gehen müssen, auch für unser Preußen eine Verfassung herzustellen, welche die republikanische demokratische Staatsform zur Grundlage hat. In erster Linie wird es darauf ankommen, die demokratischen Grundsätze, die für den preußischen Staat als solchen in Betracht kommen, auch in die Wirklichkeit überzuführen. Redner bespricht darauf eingehend die sich daraus ergebenden Reformen. Die Selbstverwaltung muß in den einzelnen Landesteilen mehr zur Geltung kommen. Im Kreistage dürfen nicht nur die Vertreter der großen Güter, sondern auch der Kleinbauern sitzen. Kreis, Gemeinde und Provinz müssen derartig auf freie Füße gestellt werden, daß sie ohne die bisherige staatliche Bevormundung ihre Geschäfte führen können. Das Aufsichtsrecht des Staates wird nur in der Weise ausgeübt werden dürfen, daß nur vom staatlichen Interesse aus eingegriffen werden darf. Es muß also einer Gemeinde selbst überlassen bleiben, wie sie ihre Angelegenheiten ordnet. Eine weitere Frage, für welche die staatliche Gesetzgebung von Bedeutung sein wird, ist die kirchliche und reliöse Oranisation. Darüber heißt es im § 19 des Gesetzentwurfs: Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissenfreiheit. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken des Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung oder seine Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, danach zu fragen. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, ist aber den allgemeinen Gesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat. Ueber die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wird ein Reichsgesetz Grundsätze aufstellen, deren Durchführung Sache der deutschen Freistaaten ist. Im Anschluß hieran erläutert Redner nochmals den Standpunkt der Deutsch-demokratischen Partei in der Frage der Trennung von Kirche und Staat, geht dann auf die Forderung der Einheitsschule über und berührt die Steuerpolitik sowie die Gestaltung der landwirtschaftlichen Ordnung. Den Schluß der Ausführungen bilden Arbeiter-Angestellten- und Beamtenfragen, aus denen der Deutschen demokratischen Partei ein weites Arbeitsfeld erwächst. Was die demokratische Partei streng von der Sozialdemokratie [befürchtet], ist die von der Sozialdemokratie geforderte [Vergesellschaf]tung der Betriebe, die den privat[wirt]schaftlichen Betrieb unserer Handwerker, [unserer] Kaufleute, unserer Bauern, wie überh[aupt] unser ganzes Unternehmertum, ausschalten [wü]rde. Deswegen können und werden wir niemals der sozialdemokratischen Partei näher treten, wie es von unseren rechtsstehenden Parteien immer behauptet wird. Auch werden wir uns nicht in diesem Meinungskampf der rechtsstehenden Parteien anschließen. Die [Wa]hlen zur Nationalversammlung haben [der] Sozialdemokratie nicht die Mehrheit gebracht, sodaß wir die Diktatur einer einzigen Klasse nicht zu fürchten brauchen. Die Sozialdemokratie wird darauf angewiesen sein, sich an die Mitarbeit der anderen Parteien zu wenden, und da dürfte es voraussichtlich Aufgabe der Deutsch-demokratischen Partei sein, einen Ausgleich zu schaffen. Dazu ist erforderlich, daß die Deutsch-demokratische Partei sich nicht in ihren Grundsätzen von den rechtsstehenden Parteien beeinflussen läßt. Ich will hoffen, daß es uns gelingen wird, diese schwere Zeit zu überwinden und eine Neuordnung zu schaffen, die das Deutsche Reich zu neuer Blüte führen wird. In diesem Sinne bitte ich Sie, von Ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, indem Sie ihre Stimme den Deutschdemokraten geben. Die von Herrn Justizrat Aronsohn gemachten Darlegungen ließen an folgerichtigem Aufbau und leichter Verständlichkeit nichts zu wünschen übrig, sodaß die Anwesenden durch die Abwesenheit des ursprünglich vorgesehenen Redners kaum einen Verlust gehabt haben. Die Zuhörer erkannten die Ausführungen gebührend an. — Herr Rektor Krause weist im Anschluß an den Vortrag hin auf das Wort, das jetzt in aller Munde ist, das Wort „Freiheit“. Es sei nicht wahr, wenn behauptet wird, Preußen sei ein Zwangs- und Zuchthausstaat gewesen, denn schon seit Begründung der Universität Halle im Jahre 1742 konnten sich unter seiner Herrschaft die Wissenschaften frei entfalten. Wir müssen aber darauf Bedacht nehmen, daß Preußen nicht in der Versenkung verschwindet, und darum in immer rastloser Tätigkeit die Parteiinteressen hochhalten. Wohl dürfen wir Preußen ruhig zu Grabe tragen, wenn alles Land, soweit die deutsche Zunge klingt, sich zu *einem* Staat in Deutschland vereinigt. Im weiteren Verlauf seines Vortrages entwirft Redner ein Bild von der Ausgestaltung der Einheitsschule, für die er sich in der bekannten warmherzigen Weise einsetzt. Die ins Einzelne gehenden Ausführungen wurden oftmals durch zustimmende Kundgebungen aus der Versammlung unterbrochen. Herr Rektor Krause schloß mit der Bitte um eifrige Betätigung der Mitglieder im Dienste der Deutsch-demokratischen Partei. Zur Aussprache hatte sich niemand zum Wort gemeldet. Der große Saal des Schützenhauses war voll besetzt. Ende der Versammlung 9.15 Uhr.

— **Wettringkämpfe.** Man schreibt uns: Der Meisterringer von Bayern, Rohtenfußer, fordert Revanche für die in der letzten Ringkampf-Konkurrenz im Viktoria-Park erlittene Niederlage und wird sich mit Philipp, Meisterringer von Sachsen, messen. Philipp, welcher über eine ungeheure Körperkraft verfügt, begegnet dieser Aufforderung mit größter Ruhe und setzt für Rohtenfußer eine Summe von 2000 Mark aus, wenn dieser im Stande ist, ihn zu besiegen. Wo und wann dieses gewiß interessante Kampfspiel stattfinden wird, wird durch die Zeitungen bekannt gegeben.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Freitag, den 24. Januar 1919: Wolkig, fortdauernd kalt.

Podgorz. Eine Sitzung der Gemeindeverordneten fand am Dienstag statt, zu der alle Mitglieder des Parlaments erschienen waren. Dem „Podg. Anz.“ zufolge führte der Bürgermeister den zum Magistratsschöffen gewählten Gastwirt Valentin Dolatowski in sein Amt ein. Alsdann erstattete der Vorsitzer den Jahresbericht für 1918. Vom Kassenprotokoll für den Monat 1918 wurde Kenntnis genommen. Der Antrag der Straßenreiniger um Lohnerhöhung wurde bis zum 1. April vertagt. Die Wahl einer Gaskommission wurde für unnötig gehalten. Die Gemeindevertretung hat von nun an alle Angelegenheiten der Gasanstalt und des Wasserwerks zu regeln. Als letzter Punkt kam die nochmalige Beschlußfassung und Festsetzung der Bauzonen in den Gemeinden Podgorz und Piask zur Beratung, da Piask gegen den Beschluß vom Mai 1918 Einwendungen gemacht hatte. Es wurde beschlossen, die damals festgesetzten Bauzonen aufrecht zu erhalten.

Danzig. Hindenburgs Antwort. Auf die Bitte des Danziger Magistrats an Hindenburg, Danzig und die Provinz Westpreußen dem Vaterlande zu erhalten, ist folgende Antwort eingegangen: Ich bestätige Ihnen gern, daß von mir aus alles geschehen soll, um zu verhindern, daß die Stadt vom Deutschen Reiche losgelöst wird. Mir ist auch nichts davon bekannt, daß sich etwa unsere Feinde schon über das Schicksal Danzigs zuungunsten unseres Vaterlandes festgelegt hätten. Möge die deutsche Bürgerschaft Danzigs versichert sein, daß von seiten der Obersten Heeresleitung schon seit langem die Maßnahmen vorbereitet werden, die für den Schutz der bedrohten Provinzen erforderlich sind. Voraussetzung für den Erfolg ist der feste Wille aller Deutschen, alles einzusetzen und zu jedem Opfer bereit zu sein, um das Land zu schützen.

Königsbreg. Besetzung des Bahnhofs. Wie die Bahnhofskommandantur mitteilt, sind seit Donnerstag nachmittag die Personen- u. Güterbahnhöfe Ost- und Süd in Königsberg von ausgesuchten Leuten der Armee- und Volkswehr stark besetzt, und außerdem diese Bahnhöfe auch durch Maschinengewehre geschützt. Der Zweck dieser Maßnahme ist, den ruhigen Verlauf der Wahlen in unserer Stadt zu gewährleisten. Einem Gerücht zufolge sollten aus Berlin geflüchtete Spartakisten hier eintreffen, auch soll sich bereits eine Anzahl Bolschewisten und Spartakusleute in Königsberg aufhalten, die sich schon unliebsam bemerkbar gemacht haben. — Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ hat Freitag abend nicht erscheinen können. Am Nachmittag ist, wie die „Königsberger Hartungsche Ztg.“ mitteilt, eine Schar von etwa hundert jugendlichen Soldaten in die Räume der sozialdemokratischen Zeitung eingedrungen und hat mit der Begründung, „Rechenschaft für den Tod Liebknechts und der Frau Luxemburg“ zu fordern, die Abendausgabe des Blattes und sonstige Drucksachen zerstört.

Schneidemühl. Erschossen wurde abends gegen 8 Uhr von einer Bürgerwehrpatrouille der in der Großen Kirchenstraße wohnhafte verheiratete Fleischer Blaschke. B. verübte in angetrunkenem Zustande allerlei Unfug, bedohte die Passanten und zertrümmerte mehrere Schaufensterscheiben. Eine herbeigeholte Patrouille griff der Wüterich tätlich an und würgte den einen Posten, sodaß der andere in Notwehr einen Schuß auf B. abgab, der durch Schulter und Brust ging und den Tod des Blaschke zur Folge hatte.

Neueste Nachrichten.

Eisenbahnunfälle in Frankreich.

Paris, 22. Januar. (Drahtnachricht.) Dem „Petit Parisien“ wird aus Nancy gemeldet, daß zwischen Neuchateau und Toul ein Personenzug mit einem Güterzug zusammengestoßen ist. Nach den ersten Berichten zählt man 20 Tote und Verwundete.

Bar le Duc, 23. Januar. (Drahtnachricht.) In der Nähe des Bahnhofs von Mauvages stieß ein Sanitätszug mit einem Zug von Urlaubern zusammen. Es wurden 16 Tote und 41 Verwundete gemeldet. Etwa 10 Wagen wurden zertrümmert.

Krieger-  Verein

Thorn-Mocker.

Am 21. d. Mts. verstarb unser Kamerad

Karl Brasch.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Zur Beerdigung treten die Kameraden am Freitag, den 24. d Mts., nachmitt. 2 Uhr, Schwerinstr. 1 an.

Der Vorstand.

Die Beerdigung des Herrn Selmar Kolitzki findet heute, Freitag nachm. 2½ Uhr von der Leichenhalle des isr. Friedhofes aus statt.

Der Vorstand des isr. Kranken und Beerdigungsvereins.

In das Handelsregister ist bei der Firma **R. Bozkowski** in Thorn eingetragen worden: Dem Kaufmann **Bronislaw Bozkowski** in Thorn ist Prokura erteilt.

Thorn, den 10. Januar 1919.

Amtsgericht.

Ausgabe von Schokolade

Auf das Mittelstück der vom Stadtkreise Thorn ausgegebenen Kinderfleischkarte, welche für die Zeit vom 29. Dezember 1918 bis 25. Januar 1919 Geltung hat, können in den beiden städtischen Verkaufsstellen Windstraße 1 und Bäckerstraße 35

1 Tafel Schokolade

zum Preise von 1,50 Mark

oder

125 Gr. Schokoladenpulver

zum Preise von 1,60 Mark

oder

1 Büchse kondensierte Milch,

Preis laut Aufdruck

abgefordert werden.

Der Abruf muß bis zum 8. Februar 1919 erfolgt sein. Nach diesem Tage wird der Fleischkartenabschnitt nicht mehr beliefert.

Thorn, den 22. Januar 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Der Straßen- und Baufluchtlinienplan von der Goethestraße betreffend das Grundstück der Unitas G. m. b. H. und dem gegenüberliegenden Grundstück von Drewitz, G. m. b. H. — jetzt Stadtgemeinde Thorn — wird, nachdem die erhobenen Einwendungen erledigt worden sind, gemäß § 8 des Straßen- und Baufluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 hierdurch förmlich festgestellt.

Der Plan wird in dem Vermessungsamt, Rathaus, Zimmer 44, während der Zeit vom 18. Januar bis einschließlich 14. Februar 1919 zu jedermanns Einsicht offen liegen.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der durch Bekanntmachung vom 24. 7. 1918 veröffentlichte Straßenfluchtlinienplan für die verlängerte Körnerstraße, zwischen der Kloßmannstraße und der Mellienstraße wird nach Ablauf der Einspruchsfrist, gemäß § 8 des Straßen- und Baufluchtliniengesetzes vom 2 Juli 1875 hierdurch förmlich festgestellt.

Der Plan wird im städt. Vermessungsamt, Rathaus, Zimmer 44, während der Zeit vom 18. Januar bis einschließlich 14. Februar 1919 zu jedermanns Einsicht offenliegen.

Der Magistrat.

Von Donnerstag, den 23. bis einschließlich Sonnabend, den 25. Januar werden Fracht- und Eilstückgüter zur Beförderung nicht angenommen. Zugelassen sind nur eilige Lebensmittelsendungen, die als Eilgut oder beschleunigtes Eilgut aufgeliefert werden.

Bromberg, den 19. Januar 1919.

Eisenbahndirektion.

Jäger-Regiment zu Pferde Nr. 9 ist am 19 Januar wohlbehalten in Kowel eingetroffen und wird etwa Mitte Februar in Insterburg erwartet.

Ersatz-Eskadron Jäger-Regiments zu Pferde Nr 9.

Einen auch in Kosten- und Zwangsversteigerungssachen erfahrenen

Registrator

sowie eine gewandte

Stenotypistin und Maschinenschreiberin

sucht Justizrat [illegible]

Erster

Gatterschneider

für Vollgatter, der gleichzeitig Sägen schärft, sofort gesucht.

Georg Michel

Bauwerkmeister, Thorn-Mocker.

Mädchen

zu Haus- und Landarbeit,

Landarbeiter u. Kuhfütterer

finden sofort lohnende Stellung durch

Kreisarbeitsnachweis Thorn-Land

Wohlfahrtsamt,

Mauerstraße 62.

Junge Dame

wünscht als Vorleserin und Gesellschafterin Tätigkeit. Briefe erbeten unter 226 an die Gesch. d. Z.

[illegible] Dame

wünscht Filiale zu übernehmen, gleich welcher Art. Größere Kaution vorhanden. Offerten unter **U. K. 224** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

10000 Mark

sind zum 1. 4. 19 gegen Hypothek Sicherheit zu vergeben durch

M. Weber, Mellienstr. 78 II.

Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Thorn

— eingetragener Verein. —

Jahresbeitrag 6.00 Mark

Wohnungs-Nachweis in der Geschäftsstelle

Baderstrasse 26 — Telephon 927

Geschäftsstunden tägl. v. 10—12 Uhr, und von 4—7 Uhr.

Abgabe von Mietsverträgen und Auskunft in allen Fragen des Hausbesitzes ebendaselbst. — Vermietete Wohnungen sind sof. abzumelden.

Elisabethstr. 5, Laden 2300 M. sof.
Friedrichstr. 10-12, Pferdest. u. Rem. s.
Seglerstr. 25, Laden m. Keller 1.7.18.
Coppernicusstr. 8 2 Läden evtl. mit Wohnungen sofort
Mellienstr. 103, 2 E 5—6 Z. 1. 4. 19.
Friedrichstr. 10-12, 1 Laden m. 3 sof.
Mellienstr. 5, 3 Etg. 10 Zim. 1. 4. 19 Zentralheizung.
Friedrichstr. 10 12, 1 Etg. 6 Zimmer 1700 M. 1. 4. 19.
Schulstr. 23, 1 Etg. 8 Zim. 2200 M. 1. 4. 19, Zentralheizung

---

4 Zimmer-Wohnung

versetzungshalber sofort oder 1. 4. d. Js. zu vermieten.

Schulstraße Nr. 16, II

Sozialdemokraten auf dem Lande!

versorgt Euch mit

Stimmzetteln der sozialdemokratischen Partei

zur Wahl der preußischen Landesversammlung

am 26. Januar 1919.

Der sozialdemokratische Stimmzettel beginnt mit dem Namen

Richard Wende

Gewerkschaftssekretär, Bromberg.

Stimmzettel sind in der Geschäftsstelle Thorn, Neust. Markt 21, Gouverneursgebäude, 1 Treppe, zu haben.

Der Parteivorstand.

Der Stimmzettel der deutschnationalen Volkspartei

lautet:

1. Vorsitzender der deutschen Kleinsiedlungsgenossenschaft Konitz, Spezialkommissar Geheimer Regierungsrat **Franz Weißermel**-Konitz.
2. Generalsuperintendent D **Wilhelm Reinhard**-Danzig, Johannistal 3,
3. Vorsitzender der Hanwerkskammer des Regierungsbezirks Marienwerder Schlossermeister **Emil Hache** in Graudenz,
4. Rektor **Paul Matschkewitz**-Danzig, Schlüsseldamm 10,
5. Gewerbelehrerin **Helene Duwensee**-Thorn,
6. Generalmajor **Detlof von Winterfeldt**, Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa,
7. Oberpostassistent, Postsekretär **Max Hensel**, Marienburg Wpr., Hornstraße 22,
8. Bäckermeister **Gustav Karow**, Danzig,
9. Rechtsanwalt, Justizrat **Karl Menzel**, Dirschau,
10. Landarbeiter **Karl Ostrowinski**, Koerberode Post Sawdin, Kreis Graudenz,
11. Frau **Anni Kalähne**, Oliva,
12. Feldwebel **Gustav Schumann**, Grenadier-Regt. 5, Danzig,
13. Seminarlehrer **Dr. Friedrich Wilhelm Quenün**, Löbau,
14. Hofbesitzer **Eduard Penner I**, Neukirch, Kr. Marienburg Wpr.,
15. Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte Frau **Anna Kretschmann**, Graudenz, Börgenstr. 8,
16. Werftbuchführer **Hermann Busch**, Danzig, Bastion Ochs 7,
17. Leitender Geschäftsführer der Deutschen Bauernbank für Westpreußen, Oberregierungsrat **Karl Ketie** in Zoppot.

Am 26. Januar sind alle Stimmzettel mit anderen Namen ungiltig.

Odeon-Lichtspiele

Gerechtestraße 3.

Von Freitag bis Montag

Der Mann mit den 7 Masken

Schauspiel in 4 Akten,

in der Hauptrolle der berühmte Schauspieler

Viggo Larsen

Nach dem gleichnamigen Roman von Erich Wulffen.

Hauptdarsteller:

Niklas Györke, ein Hochstapler . . . **Viggo Larsen**
Graf Battiani . . . . Paul Conradi
Frl. von Bathory . . . . Frl. Sorell

Das Gift der Medici

Drama in 4 Akten.

In der Hauptrolle die berühmte Schauspielerin **Maria Fein.**

Metropol-Theater

Friedrichstraße 7.

Europa postlagernd

Detektiv-Film.

Max Landas erstes Abenteuer in 4 Akten.

Hauptdarsteller: **Lu Synd — Max Landa.**

Eddi Wilmot . . Viktor Sänger vom Theater am Nollendorfpl.
Bussi, seine Frau . . . . . . Lu Synd
L. Ritterlen . . Paul Bräckel v. Th. in der Königgrätzerstr.
E. Martinez . . Martin Liebert, Deutsches Theater, Berlin
L. Dewris . . G. Herzfeld, vom Theater Königgrätzerstraße
Jan Suter . . . . L. Haskel, Komödienhaus Berlin
Allee v. d. Beide Lille Christensen, Kammerlichtspiele Berlin

Bubi der Tausendsassa

Lustspiel in 2 Akten.

Hauptdarsteller:

Bubi . . . .
Kurt, dessen Bruder . . . . Curt Vespermann
Onkel Lebeiten . . . . . Herman Leux
Frl. Platzuich . . . . . . Tante Voß

Sonntag, 26. Januar, Metropoltheater, von 1½—4 Uhr:

Große Kinder-Vorstellung.

Zentral-Theater

Neustädtischer Markt 13

Von Freitag bis Montag:

Die Buße des Richard Solm

Schauspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle **Theodor Loos**

Er soll dein Herr sein.

Lustspiel in 3 Akten. In der Hauptrolle **Max Mack.**

Kaffee Kaiserkrone

Täglich erstklassiges

Künstler-Konzert

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Reichskrone.

Katharinenstraße Nr. 7. — Saal im Hof. — Katharinenstraße Nr. 7.

Täglich ab 6 Uhr abends

Tanzkränzchen.

Viktoria-Park.

Donnerstag, den 23. Januar 1919:

Großer Ball und Kappenfest

Anfang 6 Uhr.

Sonnabend, den 25. Januar 1919:

Großer Maskenball und Kappenfest

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Spiegelglatter Parkettfußboden.

Deutschnationale Volkspartei Podgorz.

Oeffentliche Versammlung

im „Kronprinzen“

am Freitag, den 24. Januar 1919, abends 7 Uhr.

Es sprechen:

1. Pfarrer Müller aus Schönsee über:

Die bisherigen Ergebnisse der Revolution.

2. Gewerbeschullehrerin Duwensee über:

Die Pflichten der deutschen Frau.

Alle Wahlberechtigten, Männer und Frauen, sind hierzu freundlichst eingeladen.

Die Einberufer.

Von Montag den 27 bis Freitag den 31. Januar finden in der Evangelisations-Kapelle am Bayerndenkmal Culmer Vorstadt nachmittags 4 Uhr und abends ½8 Uhr

Vorträge zur Vertiefung des Glaubenslebens

statt. Redner: Pred. Stalder-Danzig u. Pred. Zimmermann-Zoppot.

Thema: „Ein Ueberwinderleben.“ — Jedermann herzlich willkommen.

Lämmchen

Variete und Cabaret

Gerechte-Straße 3

Anfang 6 Uhr.

Das hervorragende

Januar-Programm

mit

A. Tumano

komischer Jongleur.

A. Bemmchen

Instrumental-Komiker,

Nur rechtzeitiges Kommen sichert Platz.

Weindiele

Stadt-Theater

Freitag, 24. Januar, 7½ Uhr! Literarischer Abend! Zum 2. Male!

„Der Strom.“

Sonnabend, 25. Januar, nachm. 3 Uhr: Erm. Preise! Märchenvorstellung.

„Hänsel und Gretel“.

Abends 7½ Uhr! Ermäßigte Preise! Zum letzten Male!

„Mein Leopold“.

Sonntag, 26. Januar, nachm. 3 Uhr! Ermäßigte Preise!

„Die Fahrt in's Glück.“

Abends 7½ Uhr! Zum 5. Male

„Fürstenliebe“.

Synagogale Nachrichten.

Freitag: Abendgottesdienst 4 Uhr 20 Minuten.

Sonnabend: Frühgottesdienst 7½ Uhr, Haupt-Gottesdienst 10 Uhr. Neumondsweihe. Abend-Gottesdienst 5 Uhr 3 Minuten.

Morgen-Gottesdienst an den Wochentagen 7 Uhr, Abendgottesdienst 4 Uhr 20 Minuten.

Ich bitte den am Sonnabend im Tivoli

vertauschten Herrenschirm

mit einer gelben Krücke abzugeben

Mellienstraße 70, II links.

In der Nacht vom 16 zum 17. sind in Katharinenflur durch Leute in Uniform

2 Pferde gestohlen

worden. Ein Fuchswallach, klein, breit und sehr kräftig, kaltblut, im 3. Jahre, große Blesse, weiße Füße, hinten unbeschlagen. Ein Rappwallach leicht und älteres Pferd, mit Stern.

Für Wiederbringung hohe Belohnung. Meldungen erbeten an

Fritz Ulmer

Thorn-Mocker, — Fernruf 53.

oder

Kasimir Walter

Thorn-Mocker, Geretstraße 49. Fernruf 93.

Thorner Zeitung

Nr. 20. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Freitag, 24. Januar 1919**

Das Gesicht der Nationalversammlung.

Das Gesamtergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung läßt die Annahme zu, daß erstens einmal in der Nationalversammlung die Parteien zu einem nicht unerheblichen Teile Personen aufweisen werden, die bereits in den Parteien des Reichstages an führender Stelle tätig waren. Man braucht nur an die Namen Ebert, Erzberger, Stresemann, Scheidemann usw. zu denken. Daneben werden wir aber natürlich auch eine Fülle neuer Gesichter sehen, wie ja auch die Wählerschaft diesmal infolge des Frauenwahlrechtes und der Herabsetzung des Wahlalters anders zusammengesetzt war, als noch 1912. Aber wir werden nicht nur eine Reihe altbekannter und angesehener Parlamentarier der Rechten und Linken, wir werden darübr hinaus auch ungefähr eine Parteigruppierung wiedersehen, die im alten Reichstag in der letzten Zeit den Ausschlag gab. Wie man van Anbeginn angenommen hatte, haben die Sozialdemokraten alle anderen Parteien an Mandatszahl weit hinter sich gelassen. Unmittelbar hinter ihnen marschieren taktisch die Demokraten, und zu ihnen gesellt sich als Dritter im Bunde aller Wahrscheinlichkeit nach wieder das Zentrum, das seinen Besitzstand nur wenig geschmälert sieht. Gegenüber den Mehrheitssozialisten sind die Unabhängigen, wie man gleichfalls erwartet hatte, stellenweise bis zur Bedeutungslosigkeit abgefallen, und ähnlich haben sich die Berechnungen bewahrheitet, die den Rechtsparteien in Ansehung der Zeitumstände einen starken Mandatsverlust voraussagten. Mit dieser Parteikonstellation sind der künftigen inneren und äußeren Politik der neuen deutschen Republik die Wege gewiesen. Diese Politik wird von demokratisch-sozialistischen Gesichtspunkten aus bestimmt werden, gegenüber denen die früher herrschenden Parteien der Rechten in die Rolle der Opposition gedrängt werden. Es wird Aufgabe der Konservativen und der ihnen angeschlossenen anderen bürgerlichen Parteien sein, diese Opposition fruchtbar zu gestalten, und zu diesem Ziele muß man hoffen und erwarten, daß auf beiden Seiten sachliche Gründe der alten Vorliebe für Parteistreitigkeiten vorangestellt werden. Wie immer man zu dem Ergebnis der Nationalwahlen stehen mag, man hat in ihnen den Ausfluß des Willens des deutschen Volkes zu achten, das so geschlossen, wie noch nie zuvor, an der Wahlurne erschienen ist. Im übrigen wird auch hier erst die Zukunft weiteres ergeben, und es wird dann an der Zeit sein, auf der Basis der neu geschaffenen Grundlage die wahren Erfordernisse der deutschen Politik des näheren zu beleuchten. Jedenfalls hat das deutsche Volk am letzten Sonntag gezeigt, daß es von jetzt ab in der Politik selbst tätig mit arbeiten will, und die neue Verfassung bietet ihm dafür ja erheblich mehr Spielraum, als die alte. Schon am nächsten Sonntag hat es in Preußen, dessen Bevölkerung vier Siebentel des Reichsgebietes bewohnt Gelegenheit, in einer neuen Wahl zu bestätigen daß seine Anteilnahme an den öffentlichen Dingen kein bloßes Strohfeuer ist. Auch hier ist die Entscheidung von weittragender Bedeutung, da der zu wählende neue Landtag berufen ist, bei der bevorstehenden territorialen Neugestaltung des Reichsgebietes an entscheidender Stelle mitzuwirken.

Das Völkerlager.

In Frankreich waren sie alle versammelt: Schwarze, Gelbe, Rote, Braune, Weiße, Rassereine, Mischlinge, Menschen aus Kältezonen, aus Hitzezonen, aus Mittelzonen. Sie alle wurden gegen Deutschland, gegen die Mittelmächte versammelt. Frankreich wurde ein großes Völkerlager, ein buntes Lager, ein vielsprachiges Lager.

Nicht nur mit Freuden hat Frankreichs Volk dieses Gemisch begrüßt. Obwohl französische Aerzte davon eine Auffrischung der Volkskraft erhofften, zum Teil wunderliche Kreuzungsprojekte gemacht wurden und kaufkräftige Menschen ins Land kamen, es war doch auch eine schwere Last. Denn die Millionen konnten nicht nur aus ihren Heimatsgefilden ernährt werden, sie aßen französische Erzeugnisse. Sie kauften, was zu kaufen war, und steigerten so die Preise.

Die dem französischen Volke zugedachten Lebensmittelmengen wurden geringer und teurer. Manche Klage darüber war während des Krieges zu vernehmen. Das Volk der von den Verbündeten belegten Gebiete war keineswegs nur glücklich über den Besuch. Oft genug ist die französische Regierung um Milderungen und Hilfe angegangen worden.

Aber das war es nicht allein, was die Franzosen stutzig und ängstlich machte, was sie verärgerte. Das Kapital der Verbündeten kam nach Frankreich in der Hoffnung, dort gute Anlagemöglichkeiten zu finden. Fabriken wurden angekauft, man versuchte, sich Einfluß auf Privateisenbahnen, auf Häfen usw. zu sichern. Insbesondere scheint das amerikanische Kapital sich in Frankreich festgesetzt zu haben.

Während des Krieges wurden die Klagen darüber möglichst zurückgehalten, aber jetzt wagen sie sich stärker hervor. So liest man in der französischen Presse, daß das Ausland sich mit besonderem Interesse der französischen Landwirtschaft zuwendet. Amerikanische, italienische englische und spanische Finanzleute und Industrielle haben zu hohen Preisen Landgüter aufgekauft, um sie einer intensiven Ausnutzung zu unterwerfen. Weingüter seien erworben worden, weite Ländereien zu Spekulationszwecken, und die Folge davon sei ein Ansteigen der Preise landwirtschaftlicher Güter. Wenn man sich auch freuen könne, daß durch die Hilfe des Auslandes die Wiedergeburt der Landwirtschaft Frankreichs gefördert würde, so dürfe man doch auch die Kehrseite nicht außer Betracht lassen.

Ausländische Käufer sagten ganz offen, daß sie ihren Exportindustrien neue Absatzgebiete schaffen wollen. Sie wollten auf den Ländereien die landwirtschaftlichen Rohstoffe verarbeiten und die Produkte dann ins Ausland abführen. Das ist natürlich keine geringe Gefahr für Frankreich, das ja gemäß dem Pariser Wirtschaftsprogramm aus dem Kriege mit einer möglichst reinen Kolonialwirtschaft hervorgehen wollte.

Man sieht, das Völkergemisch ist nicht ohne Gefahren und Nachteile für das Land. Wenn das Kapital der Verbündeten Frankreichs auch in dem Lande sich nicht derart festgesetzt hat wie das Kapital der Verbündeten Rußlands seiner Zeit in Rußland, so ist doch auch Frankreich ebenso wie Italien ein Spekulationsfeld dieses Kapitals geworden. Ob sich daraus noch peinliche Folgerungen ergeben werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls erklären die betreffenden französischen Zeitungen selbst, daß die Verbündeten nicht nur aus idealen Gründen an der Seite Frankreichs gefochten haben. Das Kapital kennt eben ideale Gründe nicht, es sieht zu, wo es seinen Nutzen findet, und wenn der Nutzen von einem Kriegsverbündeten, von einem Waffengenossen geholt werden kann, so wird er bedenkenlos eingestrichen.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 23 Januar.

— **Das Dienstverhältnis der Offizierstellvertreter.** Eine Verordnung des Kriegsministeriums besagt: Die Offizierstellvertreter behalten während und nach der Demobilmachung ihre Abzeichen und dienstliche Stellung zunächst bei dagegen erlischt mit dem Tage der Entlassung aus dem Heere der Auftrag zur Wahrnehmung der Stelle von selbst. Der Rücktritt der Offizierstellvertreter bei der Entlassung erfolgt als Vizefeldwebel (Vizewachtmeister) oder als Feldwebel (Wachtmeister), wenn letzterer Dienstgrad bereits vorher erreicht war. Nach der Demobilmachung erhalten die Offizierstellvertreter die Gebührnisse ihres Dienstgrades als Vizefeldwebel oder Feldwebel.

— **Entlassung des Jahrgangs 1898 aus dem Heimatheere.** Soweit Sicherheits-, Kranken- und Arbeitsdienst, Gefangenenbewachung und Grenzschutz, sowie Durchführung und Abwickelung der Demobilmachungsgeschäfte es zulassen ist laut „Armeeverordnungsblatt" aus den nicht mobilen Formationen des Heimatheeres der Jahrgang 1898 in der Zeit vom 15. Januar bis 28. Februar 1919 zu entlassen, jedoch unter Vorbehalt der Wiedereinziehung derjenigen Personen, die ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht noch nicht voll genügt haben. Sollte bei einzelnen Dienststellen mit den zurückbleibenden Mannschaften der Dienst (z. B. Pferdepflege) nicht durchzuführen sein, so haben die Generalkommandos für Ausgleich durch Versetzung zu sorgen. Heeresangehörige, die zur Erfüllung obenerwähnter Aufgaben benötigt werden und bis Ende Februar 1919 nicht entlassen werden können, gelten vom 1. März 1919 an als im Dienste zurückbehalten, wenn sie ihre aktive Dienstpflicht erfüllt haben. Andernfalls rechnet die Zurückbehaltung von dem Tag an, an dem die aktive Dienstpflicht erfüllt ist.

— **Der Kohlenmangel und die Industrie im Osten.** Die Streiks im Ruhrgebiet und in Oberschlesien und die Sperrung des Eisenbahnweges durch Posen haben die Kohlenversorgung Westpreußens in so gefahrdrohender Weise verschlechtert, daß wir in wenig Wochen vor dem Schluß vieler Werke stehen. Was heute aus dem Ruhrgebiet abtransportiert wird, reicht kaum für die Eisenbahnen und Gaswerke. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Industrie im Osten fast ohne Kohlen ist. Die Lage ist so ernst daß hinter der Versorgung unserer Betriebe alles andere zurücktreten muß u. gar nicht genug mit Kohle gespart werden kann.

— **Die Illustrierte Kriegs-Chronik des Daheim,** von der das 101. bis 103. Heft vorliegt, nähert sich nun ihrem Abschluß. Sie hat gehalten, was sie versprach, und ist tatsächlich zu einem großzügigen Erinnerungswerke an den furchtbaren und für Deutschland so verhängnisvollen Weltkrieg geworden. Eine sehr wertvolle Beilage des Werkes bilden die übersichtlich angeordneten Generalstabsberichte. In künstlerischem Einband liegen neun stattliche Bände dieser Kriegs-Chronik vor. Wir sind sicher, daß sie auf vielen Gabentischen große Freude bereiten werden, sind sie doch mit ihren zahlreichen prächtigen Abbildungen ein ganz wundervolles Erinnerungswerk an die große Zeit.

Tilsit. Raubgesindel. Seit einigen Tagen wird die Umgegend von Raublustigen durchzogen, die es hauptsächlich auf die einzelgelegenen Gehöfte abgesehen haben. So hielt laut „Tilsiter Ztg." ein Auto mit 15—20 Soldaten vor dem Gutshause des Landschaftsrats Schulz, Trumpeiten. Das Gehöft wurde umstellt, dem Besitzer wurde der Revolver auf die Brust gesetzt, um auf diese Weise einen größeren Geldbetrag zu erpressen. Nachdem die Bande 300 Mark erhalten hatte, fuhren sie mit dem Auto in der Richtung nach Schuldereiten weiter, unterwegs raubend und die Telegraphen- und Telephonleitungen zerstörend.

Königsberg. Zu stürmischen Kundgebungen gegen Regierung und Magistrat kam es in einer von mehr als 2000 Personen besuchten Arbeitslosen-Versammlung in der Börse. Die Hauptredner betonten, daß für die Arbeitslosen und deren Familien nichts geschehe die Redner der Gewerkschaften, die zur Ruhe und Ordnung mahnten, wurden niedergeschrieen. Die Arbeitslosen verlangen sofortige Schaffung von Notstandsarbeiten zu tarifmäßigen Löhnen. Sobald die Witterungsverhältnisse es irgend gestatten, sollen die auf Befehl der früheren Regierung eingestellten Arbeiten am Zentralbahnhof und zum Neubau des Handels- und Industriehafens sowie am Masurischen Kanal sofort in Angriff genommen werden.

Posen. Unter der Herrschaft der Polen. Hier haben sich unter der polnischen Herrschaft die Verhältnisse bis jetzt noch nicht verbessert, wie die Polen gehofft hatten. Das Gaswerk hat seinen Betrieb fast ganz eingestellt und gibt nur während der zwei Abendstunden von 7—9 Uhr Gas ab. Die Wasserversorgung ist gleichfalls aufs äußerste gefährdet, und die Straßenbahn hat wegen Kohlenmangels bis auf weiteres den Betrieb eingestellt. Vor allem aber sind die Erwartungen auf erhöhte Lebensmittelzufuhr schwer enttäuscht worden. Die Zufuhr hat empfindlich abgenommen, und namentlich herrscht jetzt bereits Mehlmangel. Dagegen sind die Lebensmittelpreise inzwischen nahezu auf das Doppelte gestiegen.

— Großfeuer. Ein Dachstuhlbrand von gewaltiger Ausdehnung wütete im evangelischen Johannenstift, dem alten Diakonissenhause. Das Feuer kam an verschiedenen Stellen, und zwar sowohl im Dachgeschoß des Nordblocks wie auch des Mittelbaues und im Gebäudeteil an der Straßenecke zugleich aus. Der Dachstuhl des Nordblocks brannte vollständig aus, während die Bedachungen der übrigen Gebäudeteile mehr oder weniger beschädigt sind. Der Schaden ist erheblich. Als Entstehungsursache wird Brandstiftung vermutet.

Standesamt Thorn.

Vom 20. bis 22. Januar 1919.

Sterbefälle: Thaddäus Zajunskowski 2 Mon. Fuhrhalter-Witwe Marianna Jasinski geb. Wisniewski 89 J. 5 Mon. Arbeiterfrau Magdalena Wieland geb. Rozynski verw. gew. Kasprzak 48 J. 8 Mon. Zollassistentenfrau Valeska Mann geb. Beuth 57 Jahre 3 Mon. Egon Paul Brosch 4 Wochen.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 24. Januar 1919.

St. Georgenkirche. Abends 8 Uhr Betstunde. Herr Pfarrer Heuer.

Der letzte Brief.

Wie die letzten Worte großer Männer auf ihrem Totenbette gleichsam als ein Vermächtnis aus dem Jenseits besonders berühmt sind, so haben auch die letzten schriftlichen Aeußerungen der Großen eine besondere Bedeutung, sind von einem Hauch der Ewigkeit und Uebermenschlichkeit umwittert. Deshalb war es ein guter Gedanke von Ilse Linden, die letzten Briefe hervorragender Persönlichkeiten in einer inhaltsreichen Sammlung vorzulegen, die soeben im Verlage von Oesterheld und Co., Berlin erscheint. Am großartigsten wirken die letzten Bekenntnisse, die bewußt die Summe eines gewaltigen Daseins ziehen. Das schönste Beispiel dafür ist der wundervolle Brief Goethes an Wilhelm von Humboldt fünf Tage vor seinem Tode, in dem er von der hohen Warte eines bereits Verklärten sein Leben betrachtet. Nicht minder charakteristisch ist Friedrichs des Großen letzter Brief acht Tage vor seinem Tode, an seine Schwester, die Herzogin von Braunschweig. Er schreibt darin: „Die alten müssen den jungen Leuten Platz machen, damit jede Generation ihren Platz findet; und wenn man recht erwägt, was eigentlich das Leben ist, so besteht es darin, seine Mitbürger sterben und geboren werden zu sehen." Ein hoher Aufschwung der sich von den Schranken des Irdischen befreienden Seele ist Turgeniews Beschwörung an Tolstoi, indem er ihn auf dem Sterbebette bittet, zu seiner literarischen Tätigkeit zurückzukehren. Besonders fällt die abgeklärte Fassung und Seelengröße der Frauen auf, die in ihren Abschiedsbriefen dem Tode mutig ins Auge sehen. So Maria Theresia, die sich in ihrem letzten Briefchen an ihre Kinder darüber beunruhigt, daß man ihnen so schlimme Nachrichten von ihr überbringen müsse, und fortfährt: „Es gereicht mir zum Trost, daß Ihr Christen und tugendhaft seid und stets das Glück in Euch selbst findet. Gott erhalte Euch, ich gebe Euch sowie Euren lieben zehn Kindern meinen Segen." Nicht minder schön schreibt Karoline von Humboldt an ihren Sohn: „Ein Strahl von oben ist in mein tief, tief gesunkenes Gemüt gekommen. Gott wird mir nicht mehr auflegen, als ich tragen kann, Gott wird meine stillen Tränen erhören und auf die eine oder die andere Art wieder Licht ins dies dunkle Leiden strahlen lassen." Henriette Feuerbach, die edle Vorkämpferin für das Werk ihres Stiefsohnes, empfiehlt, den Tod vor Augen, ihres Anselm „Vermächtnis" in ihrem letzten Briefe dem Kunsthistoriker Lübke: „Ich sende diesen Brief mit betrübtem Herzen und sorgenvollem Gemüt ab. Noch zwei Briefe habe ich zu schreiben, an die Nationalgalerie in Berlin und nach München, dann sind meine irdischen Geschäfte so ziemlich abgewickelt, und ich warte, Gott sei Dank, mit vollkommen ruhiger Seele auf die Botschaft aus der Heimat." Bei manchen, die bei ihrem letzten Brief noch ahnungslos mitten im Leben stehen, gestaltet sich das Schreiben zufällig zu einem bedeutungsvollen Abschiedsbekenntnis. Dostojewskis Antwort an den Arzt Dlagonrawow behandelt das große Problem von Nationalismus und Christentum in Rußland, das den Dichter seit langem beschäftigte. Georg Büchner, der 23jährig einem Nervenfieber erliegt, betont in seinem letzten Brief: „Ich habe keine Lust zum Sterben und bin gesund wie je". Aber ein unendlich wehmütiger Klang strömt durch seine Zeilen der Erinnerung und Sehnsucht: „Du kommst bald? Mit dem Jugendmut ist's fort. Ich bekomme sonst graue Haare. Ich muß mich bald wieder an Deiner inneren Glückseligkeit stärken und Deiner göttlichen Unbefangenheit und Deinem lieben Leichtsinn und all Deinen bösen Eigenschaften, böses Mädchen. Adio piccola mia!" Melancholisch schließt auch Anzengrubers Brieflein, einen Tag vor seinem Hinscheiden, ein mühevolles Kämpferleben ab. Die Sorgen um die Redaktion des von ihm geleiteten „Figaro" verfolgen ihn bis aufs Sterbebett, und er schreibt an Ernst Juch: „Mir fallt nix ein, vielleicht zeichnen Sie ein Bildel eigener Fassung für den Figaro." Einen echten Dichter-Sterbebrief schreibt Gleim an Klopstock: „Ich sterbe, lieber Klopstock! Als ein Sterbender sag' ich: in diesem Leben haben wir für und miteinander nicht genug gelebt, in jenem wollen wir's nachholen. Die Muse hat mich bis an den Rand des Grabes begleitet und steht noch bei mir. Gedichte, vom alten Gleim auf seinem Sterbebette, werden jetzt zum Abdruck für wenige Leser ins Reine geschrieben . . . Ich lasse mich in meinem Garten begraben. Um das Grab herum stehen in Marmor die Urnen meiner mir vorangegangenen Freunde." Eine besondere Stellung nehmen in diesem Todeschor umflorter Stimmen diejenigen ein, die den Freitod gewählt haben, wie Heinrich von Kleist, oder die der Hinrichtung entgegensehen, wie Marie Antoinette und Andreas Hofer. Kleists Abschiedsbriefe verkünden bei aller Verzücktheit die Notwendigkeit seines Entschlusses: „Die Wahrheit ist, daß mir auf Erden nicht zu helfen war. Und nun lebe wohl; möge Dir der Himmel einen Tod schenken, nur halb an Freude und unaussprechlicher Heiterkeit dem meinigen gleich: das ist der herzlichste und innigste Wunsch, den ich für Dich aufzubringen weiß." Am traurigsten wirken die Abschiedsworte derer, denen bei körperlichem Weiterleben der geistige Tod beschieden war. Sie finden nur noch wirre Worte, wie Lenau und Schumann. Nietzsche schreibt kurz vor dem völligen Zusammenbruch an Pater Gast: „Singe mir ein neues Lied: die Welt ist verklärt und alle Himmel freuen sich. Der Gekreuzigte."

Landfrauen Bauern Landarbeiter!

Es geht um Euer Recht!

Die Würfel sind gefallen. 70 Prozent aller Stimmen der deutsch-demokratischen Partei sind von unsern Berufsgenossen abgegeben. Wie das Volk denkt, zeigt die Wahl.

Die alte mächtige konservative Partei, jetzt „Deutschnationale Volkspartei" genannt, ist gerichtet.

Trotz ihrer größen Hilfe aller behördlichen Stellen,
trotz ihrer vielen teuren Reklame
trotz ihrer Hetzereien.

Nicht Geld, sondern die Ueberzeugung gibt den Ausschlag.

Darum noch einmal: „Auf zur Wahl für die Preuß Versammlung!"

Landfrauen Bauern Landarbeiter

Wählt geschlossen den

Kandidaten der deutsch-demokratischen Partei

beginnend mit dem Namen

Schmiljan

An 2. Stelle unserer Kandidatenliste steht das Mitglied des Deutschen Bauernbundes

Hofbesitzer Moritz, Wilhelmsau.

An alle Gemeinde- und Gutsbezirke richten wir die herzliche Bitte, je **einen Vertrauensmann zum Abholen der Stimmzettel** nach unserm **Partei-Büro Thorn, Coppernikusstr. 14 II,** zu schicken und die **Stimmzettel vor der Wahl und nochmals am Wahltage vor dem Wahllokal zu verteilen.**

Hackbarth, Berg. Pernak, Franz Liedtke, Frau Kühne-Gramtschen. Bröse-Dt. Rogau. Fenske, Becker-Rudak. Loehrke, Krüger-Podgorz.

D D P

Die

Deutsche demokratische Partei

will

das Wohl aller Volksgenossen.

Legt die Stimmzettel

Schmiljan

zurecht!

Alle wahlberechtigten

Familienangehörigen

mit demokratischen Stimmzetteln versehen!

Stimmzettel und jede Auskunft durch das

demokratische Büro, Coppernikusstr. 14 II.

Deutschnationale Volkspartei.

Unser

Stimmzettel für die Preussische Landesversammlung

trägt an der Spitze die Namen

1. Geheimer Regierungsrat **Franz Weissermel**, Konitz
2. Generalsuperintendent **Dr. Wilhelm Reinhard**, Danzig

usw.

Preußische Wähler und Wählerinnen, Eure Liste heißt

Weissermel-Reinhard!

Deutschnationaler Volksverein
(Stadt- und Landkreis Thorn.)

Wähler-Versammlungen

**am Donnerstag, den 23 Januar, abends 8 Uhr
im Tivoli**
für die Wahlbezirke der Bromberger- und Culmer-Vorstadt.
Redner: Herr Staatsanwalt Bennecke.

**Am Freitag, den 24. d. Mts, abends 7 1/2 Uhr
bei Küster, Graudenzerstraße**
für die Wahlbezirke von Mocker und Jakobs-Vorstadt.
Redner: Herr Mittelschullehrer Paul.

**Am Freitag, den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Schützenhause** für die Bezirke der Innenstadt.
Es spricht: Herr Staatsanwalt Bennecke.

Alle Mitglieder und Freunde der deutschnationalen Volkspartei sind herzlich eingeladen.

Die Einberufer.